Amts- und Anzeigeblatt

für den Amtsgerichtsbezirk Eibenstock und dessen Umgebung

Bezugspreis vierteljährl. Mk. 3.60 einschließl. des „Illustr. Unterhaltungsblattes" in der Geschäftsstelle, bei unseren Boten sowie bei allen Reichspostanstalten. — Erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage für den folgenden Tag.

Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Zeitung, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Tel.-Adr.: Amtsblatt.

Tageblatt für Eibenstock, Carlsfeld, Hundshübel, Neuheide, Oberstützengrün, Schönheide, Schönheiderhammer, Sosa, Unterstützengrün, Wildenthal usw.

Verantwortl. Schriftleiter, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.

66. Jahrgang.

Anzeigenpreis: die kleinspaltige Zeile 20 Pfg. Im Reklameteil die Zeile 50 Pfg. Im amtlichen Teile die gespaltene Zeile 50 Pfg. Annahme der Anzeigen bis spätestens vormittags 10 Uhr, für größere Tags vorher. Eine Gewähr für die Aufnahme der Anzeigen am nächsten oder am vorgeschriebenen Tage sowie an bestimmter Stelle wird nicht gegeben, ebensowenig für die Richtigkeit der durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen.

Fernsprecher Nr. 119.

№ 143. Mittwoch, den 25. Juni **1919.**

Zuschußunterstützung

für Kriegsteilnehmerangehörige kommt zur **Auszahlung** am

Freitag, den 27. Juni 1919.

Angehörigen von Soldaten, die Truppenteilen des Grenzschutzes angehören, steht ab 1. dss. Mts. in der Regel **keine** Zuschußunterstützung mehr zu, nachdem von diesem Zeitpunkte ab **Familienbeihilfen durch die Truppenteile** unmittelbar zur Auszahlung gelangen.

Eibenstock, den 23. Juni 1919. **Der Stadtrat.**

Ausgabe der Milchkarten

Mittwoch, den 25. und **Donnerstag,** den 26. d. M. in der Lebensmittelabteilung.

Wer Gutscheine zur Milchverbilligung begehrt, hat durch Vorlegung des Steuerzettels sein Bezugsrecht nachzuweisen.

Eibenstock, den 24. Juni 1919. **Der Stadtrat.**

Zur **Auszahlung** kommen am **Donnerstag,** den 26. Juni 1919,

vormittags 9 Uhr Unterstützungen für uneheliche Kinder und für Eltern gefallener Kriegsteilnehmer,

vormittags 10 Uhr Rentenzuschüsse für Empfänger von Invalidenrenten,

vormittags 11 Uhr Rentenbeihilfen für Empfänger von Kriegs-Witwen- und -Waisenrenten.

Eibenstock, den 23. Juni 1919. **Der Stadtrat.**

Bedingungslose Unterzeichnung.

Weimar, 23. Juni. In einfacher Abstimmung hat heute nachmittag die Nationalversammlung über die Frage entschieden, ob die Regierung nach wie vor ermächtigt bleibt, den Friedensvertrag zu unterzeichnen. Diese Entscheidung wurde gegen die Stimmen der Deutschnationalen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei, eines Teiles des Zentrums und eines Teiles der Demokraten bejaht. (T.-U.)

Berlin, 23. Juni. Der Gesandte von Haniel hat im Auftrage der Reichsregierung heute nachmittag 4,40 Uhr folgende Note an die Bevollmächtigten der alliierten und assoziierten Regierungen übersandt:

Die Regierung der deutschen Republik hat aus der letzten Mitteilung der alliierten und assoziierten Regierungen mit Erschütterung ersehen, daß sie entschlossen sind, von Deutschland auch die Annahme derjenigen Friedensbedingungen mit äußerster Gewalt zu erzwingen, die, ohne eine materielle Bedeutung zu besitzen, den Zweck verfolgen, dem deutschen Volke seine Ehre zu nehmen. Durch einen Gewaltakt wird die Ehre des deutschen Volkes nicht berührt. Sie nach außen zu verteidigen, fehlt dem deutschen Volke nach den entsetzlichen Leiden der letzten Jahre jedes Mittel. Der übermächtigen Gewalt weichend und ohne damit ihre Auffassung über die unerhörte Ungerechtigkeit der Friedensbedingungen aufzugeben, erklärt deshalb die Regierung der deutschen Republik, daß sie bereit ist, die von den alliierten und assoziierten Regierungen auferlegten Friedensbedingungen anzunehmen und zu unterzeichnen. (W. T. B.)

„Vor Arbeitsjahren für fremde Rechnung."

Weimar, 22. Juni. Das Haus ist stark besetzt, die Tribünen sind überfüllt.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung nach 12¼ Uhr. Tagesordnung: Entgegennahme einer Erklärung der neuen Regierung.

Reichsministerpräsident Bauer widmet den ausscheidenden Mitgliedern der Regierung Worte warmen Dankes für ihre hingebende und aufopferungsvolle Tätigkeit, ebenso der Friedensdelegation. Der Rücktritt des alten Kabinetts erfolgte, weil sich die Ansichten über den Friedensentwurf scharf gegenüberstanden, aber nicht getrennt nach Parteien, sondern getrennt nach dem Verantwortlichkeitsgefühl jedes einzelnen Ministers. Unendlich schwer war für uns alle der Entschluß, der neuen Regierung beizutreten, deren erste und letzte Aufgabe es sein muß, den Unrechtsfrieden abzuschließen. Wir stehen nicht aus Parteiinteresse, noch weniger aus Ehrgeiz an dieser Stelle, wir stehen hier aus Pflichtgefühl, aus dem Bewußtsein, daß es unsere verdammte Schuldigkeit ist, zu retten, was zu retten ist. Die Nichtteilnahme der Demokraten an der Regierung bedauern wir außerordentlich. Das Programm des neuen Kabinetts wird dasselbe bleiben, das der Regierung Scheidemann zugrunde gelegen hat. Wenn ich bei der Uebernahme meines schweren Amtes eine Bitte aussprechen darf, so ist es die: Lassen Sie die Frage Annahme oder Ablehnung nicht zur Parteisache werden. Glauben Sie auf der einen Seite nicht, daß die Befürworter der Ablehnung volksfremde Chauvinisten oder Interessepolitiker seien. Glauben Sie aber auch nicht, daß diejenigen, die sich notgedrungen und unter Selbstüberwindung durchgerungen haben, feige oder schlapp seien und kein Gefühl für nationales Rechtsbewußtsein haben.

Die Zeit der Erwägungen und Abwägungen ist vorüber. Die Stunde des Handelns ist gekommen und damit die Stunde der Verantwortung. An dieser Verantwortung trägt jeder von Ihnen seinen Teil. In einem sind wir alle einig, in der schärfsten Verurteilung des Friedensvertrages, zu dem wir unter unerhörtem Zwang unsere Unterschrift geben sollen. Am Montag abend soll der Krieg aufs neue beginnen, wenn nicht unser Ja gegeben wird. Es soll der Vormarsch beginnen, zu dem jedes Mordinstrument bereit steht gegen ein wehrloses und waffenloses Volk. In dieser Stunde auf Leben und Tod, unter drohendem Einmarsch erhebe ich zum letzten Male in einem freien Deutschland Protest gegen diesen Vertrag der Gewalt und Vernichtung, Protest gegen die Verhöhnung des Selbstbestimmungsrechts, gegen diesen neuen Betrug des Weltfriedens unter der Maske eines Friedensvertrages. Keine Unterschrift entkräftet diesen Protest, den wir für alle Zukunft erheben und beschwören. (Beifall.) Die Regierung hat davon abgesehen, aus der fast unübersehbaren Reihe mehr oder minder unerträglicher Bedingungen eine oder die andere noch abzuhandeln. Die Regierung muß dem Rechnung tragen, daß sie das Volk nicht in 48 Stunden vor eine neue Krise stellen kann, denn die Ablehnung wäre keine Abwendung des Vertrages. Ein Nein würde nur eine kurze Hinausschiebung des Ja bedeuten. Wohl gibt der Vertrag selbst uns eine Handhabe, die wir uns nicht entreißen lassen können, die feierliche Zusage der Entente in ihrem Memorandum vom 16. Juni, daß die Revision des Vertrages von Zeit zu Zeit eintreten und er den neu eintretenden Verhältnissen angepaßt werden kann.

Im Namen der Reichsregierung habe ich zu erklären, daß in Würdigung aller dieser Umstände vorbehaltlich der Ratifikation der Nationalversammlung die Regierung sich entschlossen hat, den Friedensvertrag unterzeichnen zu lassen. Wenn sie jedoch unter Vorbehalt unterzeichnet, so betont sie, daß sie der Gewalt weicht, in dem Entschluß, dem unsagbar leidenden deutschen Volk einen neuen Krieg, der Zerreißung der nationalen Einheit durch weitere Besetzung deutschen Gebietes, die entsetzliche Hungersnot für Frauen und Kinder und die unbarmherzige längere Zurückhaltung der Kriegsgefangenen zu ersparen. Die Regierung verpflichtet sich, sie will sich jedoch in diesem feierlichen Augenblick mit rückhaltloser Klarheit äußern, um jedem Vorwurf einer Unwahrhaftigkeit von vornherein entgegenzutreten. Die auferlegten Bedingungen überschreiten das Maß dessen, was Deutschland tatsächlich leisten kann, und wir lehnen jede Verantwortung ab, wenn die Undurchführbarkeit auch bei schärfster Anspannung des deutschen Leistungsvermögens in Erscheinung treten muß. Wir erklären ferner, daß wir den Artikel des Friedensvertrages, welcher von Deutschland fordert, sich als alleinigen Urheber des Krieges zu bekennen, nicht annehmen können, ebensowenig die Artikel, in welchen Deutschland zugemutet wird, Angehörige des deutschen Volkes zur Aburteilung auszuliefern.

Daher werden wir die Vollmacht zur Unterzeichnung in folgender Form annehmen: Die Regierung der deutschen Republik ist bereit, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, ohne jedoch damit anzuerkennen, daß das deutsche Volk der Urheber des Krieges sei und ohne eine Verpflichtung nach Artikeln 227 bis 230 des Friedensvertrages zu übernehmen.

Ich bin am Ende. Wir stehen vor Arbeitsjahren für fremde Rechnung wie nie ein Volk vor uns. Nur dank einer Vertragstreue bis zur Grenze unseres Könnens, nur aus aller Entschlossenheit zusammenzubleiben in der deutschen Schicksalsgemeinschaft, nur aus dem Willen zur Arbeit in allen Schichten, nur mit Disziplin, so schlimm das Wort heute vielen klingt, und Pflichtbewußtsein kann aus dieser Stunde noch eine Zukunft für uns erwachsen. Es gibt keine Wundermittel und keine Märchen für die Gesundung eines Volkes. Selbst die Weltrevolution kann der Krankheit nicht abhelfen, an der wir hinsiechen. Nur der Revolution, unseres sittlichen Bewußtseins wird und muß es gelingen, aus Nacht und Finsternis zu einer besseren Zukunft emporzusteigen (Beifall.)

* * *

Aus dem Hause waren inzwischen zwei Anträge eingegangen. Der erste billigt die Erklärung der Regierung und spricht ihr das Vertrauen aus, der zweite billigt die Haltung der Regierung und die Unterzeichnung des Friedensvertrages. Die Mehrheitssozialisten ließen Löbe (Breslau) sprechen, das Zentrum Gröber. Aber der erste Antrag hatte bereits eine Aenderung erfahren: Die Billigung wurde gestrichen und es hieß nur noch: die Nationalversammlung spricht der Regierung ihr Vertrauen aus. Für die Deutschdemokraten begründete Schiffer die Ablehnung. Graf Posadowsky trat mannhaft gegen die Unterzeichnung auf. Nur Abg. Haase von den Unabhängigen verlangte die Unterwerfung. Für die deutsche Volkspartei sprach leidenschaftlich und bewegt Prof. Kahl gegen die Unterzeichnung. Die Regierungsparteien erzwangen nun den Schluß der Debatte. Aber der Zentrumsführer Dr. Heim aus Bayern erklärte noch zur Geschäftsordnung, er sei gegen die Unterzeichnung. Die Vertrauensfrage wurde mit 236 gegen 89 bei 68 Stimmenthaltungen bejaht. Für die Unterzeichnung erklären sich 237, dagegen 138 Abgeordnete.

Tagesgeschichte.

Deutschland.

— Verbrannte französische Fahnen. Truppen des Gardekorps drangen Montag morgen in das Zeughaus ein, holten sich die 1870 und 1814 eroberten französischen Fahnen heraus und verbrann-